



Andreas Mattfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses

Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227 – 71322
Fax 030 227 – 76932
E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Andreas Mattfeldt MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Frau
Dr. Barbara Hendricks MdB
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit
11055 Berlin

Berlin, 22.04.2014

Erdgasförderung

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

ich freue mich sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben, der von mir informell angeführten Erdgas-Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen. Gerne möchte ich Ihnen im Vorgriff hierauf im Folgenden die Probleme schildern, die die Erdgasförderung im konventionellen Bereich bei uns in der Region verursacht.

Bei uns im Landkreis Verden wird im konventionellen Bereich Erdgas gefördert. Teilweise unter Einsatz der sogenannten Fracking-Technologie. Das Fracking ist aber nicht das eigentliche Problem. Über Jahrzehnte hinweg, gab es eine enorme Akzeptanz der Erdgasförderung bei uns in der Bevölkerung. Diese Akzeptanz ist aufgrund der unten aufgeführten Ereignisse verlorengegangen. Uns allen geht es nicht darum, die Erdgasförderung in Gänze unmöglich zu machen. Das Erdgas muss dort gefördert werden, wo es liegt. Wichtig ist aber, dass wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass von der Erdgasförderung und allen damit zusammenhängenden Vorgängen eine möglichst geringe Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt ausgeht.

Bei uns gab es folgende drei Hauptprobleme rund um die Erdgasförderung:

1. Benzolaustritt aus Lagerstättenwasserleitungen

2011 und 2012 ist aus den PE-Rohren, mit denen das Lagerstättenwasser transportiert wurde, Benzol ausgetreten. Das hat zu einer massiven Verunreinigung des Erdreichs geführt. Das in meinem Wahlkreis existierende Lagerstättenwasserleitungsnetz hat eine Länge von insgesamt 6,3 km. Auf einer Länge von vier Kilometern musste das Erdreich aufgrund des Benzolaustritts aufwendig saniert werden bzw. wird derzeit noch saniert (siehe Fotos im Anhang).

Abgeordnetenbüros:

Verden: Bahnhofstr. 23, 27283 Verden, Tel. 04231 982530, Fax 04231 81210, E-Mail: andreas.mattfeldt@wk.bundestag.de

Osterholz: Bahnhofstr. 33a, 27711 Osterholz-Scharmbeck. Tel. 04791 980175, Fax 04791 980174, E-Mail: andreas.mattfeldt@wk2.bundestag.de



Andreas Mattfeldt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Verunreinigung des Erdreichs hat nicht nur die Bevölkerung in unserer Region beunruhigt, die um ihre eigene und um die Gesundheit ihrer Tiere fürchtet, sondern vor allem hat es unter anderem auch dazu geführt, dass ein Landwirt seine gesamten Lieferverträge mit McDonalds verloren hat. Dadurch steht die gesamte Existenz dieses Landwirtes auf dem Spiel.

Mittlerweile hat die RWE Dea das Leitungsnetz außer Betrieb genommen – allerdings lediglich auf massiven Druck von Politik und Bevölkerung. Rein rechtlich wären sie dazu nicht verpflichtet gewesen. Und das obwohl zum Zeitpunkt der Genehmigung für das Leitungsnetz bereits bekannt war, dass die verwendeten PE-Rohre nicht gegen eine Diffundierung geschützt sind.

2. Verpressung von giftigem Lagerstättenwasser im Trinkwasserschutzgebiet

Der Hauptteil des giftigen Lagerstättenwassers wurde in der Vergangenheit in meinem Wahlkreis in einem Trinkwasserschutzgebiet in den Boden verpresst. Dies geschah in geringerer Tiefe als die, aus der das Wasser gefördert wurde, d.h. in größerer Nähe zu den Grundwasser führenden Schichten als die Förderung selbst. Diese Art der Entsorgung ist nach meinem Dafürhalten mehr als fragwürdig und gefährdet nicht nur die Umwelt, sondern vor allem ein hohes Gut – unser Trinkwasser.

Auch hier haben der Druck aus der Politik und der Bevölkerung dafür gesorgt, dass die RWE Dea keinen Gebrauch mehr von ihrer Lizenz macht, bei uns im Trinkwasserschutzgebiet verpressen zu können. Rein rechtlich könnte sie das Verpressen von Lagerstättenwasser dort jederzeit wieder aufnehmen. Außerdem wird das Problem des Verpressens im Erdboden nur auf eine andere Region verlagert – auch das kann keine Lösung sein. Zumal eine Aufbereitung des Lagerstättenwassers und anschließende Zuführung in eine Kläranlage technisch machbar ist. Es gibt also durchaus Alternativen zur Verpressung. Diese sind zwar etwas teurer, aber das dürfte bei den derzeitigen Preisen keine großen Auswirkungen für die Erdgasindustrie haben.

3. Erdbeben (durch die Erdgasförderung induziert)

Im November 2012 hat ein Erdbeben der Stärke 2,8 auf der Richterskala den Boden in unserer Region beben lassen. Die Höhe der Erdbebenstärke ist zwar gering – die Auswirkungen an der Erdoberfläche waren allerdings massiv zu spüren, da das Beben in einer Tiefe von vier bis fünf Kilometer stattgefunden hat. Mittlerweile hat auch die BGR bestätigt, dass ein Zusammenhang zwischen Erdbeben und Erdgasförderung nicht von der Hand zu weisen ist. Dafür sprechen die geringe Tiefe und Lage (am Rande des Erdgasfeldes) des Epizentrums.

Bei diesem Erdbeben sind zahlreiche Schäden aufgetreten. Auch in meinem Haus habe ich Schäden zu verzeichnen (siehe Foto). Die RWE hat einen durch die Gemeinde bestellten Gutachter beauftragt, die Schäden zu begutachten. Alle mir bekannten Gutachterergebnisse laufen allerdings darauf hinaus, dass die Schäden angeblich auf Baumängel zu-



Andreas Mattfeldt

Mitglied des Deutschen Bundestages

rückzuführen seien. Demzufolge scheint in unserer Region kein Haus – inklusive meinem eigenen – baumangelfrei zu sein. Das erscheint mir mehr als fragwürdig.

All diese Ereignisse haben in unserer Region zu einem massiven Wertverfall von Grundstücken und Häusern geführt. Unsere Region rund um Bremen war in den vergangenen Jahrzehnten eine prosperierende Zuzugsregion. Dies ändert sich derzeit. Durch diese Vorkommnisse ist es zur Zeit nahezu unmöglich, neue Bau- und Gewerbegebiete auszuweisen. Was das für eine Region bedeutet, die bislang ausschließlich von Zuzug und wachsendem Wohlstand geprägt war, ist klar.

Neben Änderungen im Bereich der UVP Bergbau sowie im Bergschadensrecht, die ich vom BMWi erwarte, sind folgende Änderungen aus Ihrem Haus notwendig:

1. Verbot des Verpressens von hochgiftigem Lagerstättenwasser im Erdreich. Derzeit ist es sogar erlaubt, das hochgiftige Wasser in Trinkwasserschutzgebieten im Boden zu verpressen. Und zwar in geringeren Tiefen, als die aus denen es zu Tage gefördert wird. In meinem Wahlkreis liegt der Erdgas fördernden RWE Dea eine solche Genehmigung vor – von dieser macht sie zurzeit keinen Gebrauch, könnte dies aber jederzeit wieder tun. Es ist nach meinem Dafürhalten zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt nicht hinnehmbar, dass das hochgiftige Lagerstättenwasser im Erdreich verpresst werden darf – das gilt ganz besonders für Trinkwasserschutzgebiete. Eine Aufbereitung des Lagerstättenwassers ist bereits jetzt technisch möglich und zwar in einer solchen Qualität, dass das Wasser anschließend einer Kläranlage zugeführt werden kann.
2. Einführung einer gesetzlichen Verpflichtung zum Einsatz eines Quecksilber-Filters beim Abfackeln von Gas. Von Zeit zu Zeit muss bei der Erdgasförderung Gas abgefackelt werden, um die Leitungen etc. zu reinigen. Dabei gelangt mit dem Gas unter anderem Quecksilber in die Luft. Die RWE Dea setzt freiwillig Filter ein, die die Quecksilber-Emissionen von 5.000 Mikrogramm je Kubikmeter auf 50 Mikrogramm je Kubikmeter senken. Es ist also technisch ohne größeren Aufwand machbar, mit einem Aktivkohlefilter den Quecksilbergehalt enorm zu senken. Gerade von Seiten der Bürger wird oft der Verdacht geäußert, dass Quecksilber-Emissionen krebserregend seien und sie werden für vermehrt auftretende Krebserkrankungen verantwortlich gemacht. Erst kürzlich ist es im benachbarten Söhlingen (Landkreis Rotenburg/Wümme) zu einem Vorfall bei den Abfackelarbeiten gekommen, der die Menschen in unserer Region sehr beunruhigt.



Andreas Mattfeldt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr Haus bei der Umsetzung der Vorgaben des Koalitionsvertrages nicht nur den Aspekt des sogenannten Frackings berücksichtigen würde, sondern auch die oben genannten Punkte umgesetzt würden.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen und dem Ministerium selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Andreas Mattfeldt MdB

Anlage: Fotos Sanierung, Erdbebenschäden



Andreas Mattfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Foto 1: Sanierung



Foto 2: Sanierung





Andreas Mattfeldt
Mitglied des Deutschen Bundestages

Foto3: Erdbebenschaden

